

Er erscheint täglich  
nachmittags mit Ausnahme der  
Sonntage und Feiertage.

Abonnementpreis  
monatlich 50 J. 1/2 Jährlich 1.50 J.  
brannt, frei ins Haus. Durch  
die Post bezogen 1.68 J.

„Die Neue Welt“  
(Unterhaltungsbeilage), durch  
die Post nicht bezugslos, kostet  
monatlich 10 J. 1/2 Jährlich 30 J.

# Volkshblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißfels-Zeit,  
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterres rechts.

Telephon-Nr. 1047.

Telegraphen-Adresse: Volkshblatt Halle/Saale.

Nr. 208

Halle a. S., Dienstag, den 6. September 1898

9. Jahrg.

## Tagesgeschichte.

In den vaterlandlofen Gefellen gehen ohne Ausnahme diejenigen Parteien, die bei der Reichstagswahl Stimmen gewonnen haben, nämlich die Sozialdemokraten, die Welfen, die Polen, die Dänen und der bairische Bauernbund. Die ordnungsübertretenden Gefellen haben ohne Ausnahme Stimmenverluste zu verzeichnen, und die ordnungsbehebenden die Partei, desto größer der Verlust. Die beiden konstitutionellen Parteien haben zusammen über 272 000 Stimmen verloren, und rechnet man den Rückgang der national-liberalen Stimmen hinzu, so werden die 300 000 beinahe voll. Die genaue Durchzahl der von uns in der Sonntagsnummer veröffentlichten Wahlergebnisse muß die Kuratorkommission befehlen, daß all ihr Getöse nur noch bei denen wirksam ist, die nicht alle werden, und um diesen Ruhm sind sie nicht zu beneiden.

**Auch ein Trost.** Eugen Richter, der unumtrogte Freisinnsheld, rechnet aus, daß seine Freisinnige Volkspartei nur um 17 Prozent an Stimmen zurückgegangen ist, nämlich von 666 439 auf 553 740, daß aber die Freisinnige Vereinigung 25 Prozent ihrer Stimmen verloren habe, da von den 258 481 Stimmen nur 194 945 übrig geblieben sind. Herr Eugen Richter ist sehr bescheiden geworden.

**Der „Klassische Zeuge“ gegen den Militarismus.** Eine Korrepondenz für Zentralblätter bezweifelt das Zustandekommen der Friedenskonferenz, meint jedoch: „Schaffen nicht trotz allem dem Jaren das Verdienst, zuerst von allen Parteien offen eingegangen zu haben, daß der moderne Militarismus ein Unglück für die Völker ist. Und alle Regierungen, welche die Einladung zu der Konferenz annehmen, stellen sich damit auf den Standpunkt des Jaren und bekennen: Mit dem Militarismus geht es auf die Dauer nicht so weiter, es wäre wünschenswert, wenn wir ihn ein Ende machen könnten. Unsere interessierten und patriotischen Schwärmer für den Militarismus erkennen sehr wohl, welchen Schlag ihnen der Jare verzeigt hat und sind sehr ängstlich, daß er der „Opposition“ eine solche Karte gegen die Regierung in die Hand gegeben hat. Bisher machte man es sich bequem mit der Abwendung der Stimmgabe gegen die Steigerung der Militärausgaben. Jetzt kann die „Opposition“ sich aber auf den Jaren und alle Regierungen berufen, die ihre Anklagen gegen den Militarismus bestätigt haben. Wie will man mit diesen klassischen Zeugen fertig werden?“

**D, man wird damit fertig!** Die Konfession, Korrept, das Organ einer Partei, die vor allem am weiteren Ausbau des Militarismus ein sehr persönliches Interesse („standesgemäße“ Verpflegung der Junker mit Offiziersstellen etc.) hat, fällt ergrimmert dem Jaren vor, daß er durch übertriebene Schilderung der militärischen Opfer und durch die nicht annähernd richtige Behauptung, daß, wie die Sozialdemokratie sich ausdrückt, der Militarismus als Moloch an der Volkswohlfahrt zehre und die Entwidlung lähme, das russische Volk irreführt und demagogischen Richtungen in die Arme geworfen habe.

Da haben wir's klipp und klar gesagt: der Jare im Munde mit den sozialdemokratischen „Unstärkern!“ Jetzt fehlt nur noch die „Entdeckung“, daß die Sozialdemokraten mit dem Jaren einen „geheimen Unstärkervertrag“, der in erster Linie gegen das Deutsche Reich sich richtet, abgeschlossen haben.

Wer weiß, ob der Jare den Freunden des Militarismus nicht geradezu einen Dienst erwiesen hat! Denn wenn die Konferenz zu Stande kommt und, wie zu erwarten steht, die Abrüstung und den Welfensinn nicht bringt, dann wird es besten: Seht, die Konferenz hat ergeben, daß eine friedliche Erlangung politischer Streitigkeiten nicht möglich ist. Ergo: müssen die Völker weiter rüsten. Und nun erbt recht!

**Die militärische Zahlenkunst.** Da man auch die nächsten Jahresveröffentlichungen wiederum zu begründen versuchen wird durch den Hinweis auf die Zahlen in anderen Armeen, so ist es nicht ohne Interesse, aus einem Zeitschrift der Kreuzzeitung, welcher im Anschluss an eine Schrift eines Militarwissenschaftlers, Stafflitz und Blych, allerlei über moderne Theorie und Strategie geschrieben ist, folgende Stelle hervorzuholen, die sich gegen die Überheblichkeit der Wehre an Truppen wendet. Die Kreuzzeitung schreibt darin:

„Man leidet nicht mehr den unerschrockenen, energischen, rücksichtslosen Angriff, man will nur dann ansetzen, wenn man an Zahl überlegen ist, man rechnet und behält nur heraus, wie man überall das Mehr an Truppen haben will, man kann, wo man irgendwohin beschließt, verfährt aber, daß auch andere festliche Faktoren mitwirken. Zahlen und wieder Zahlen sollen heute den Ausschlag geben!“

**Der Militärdienst der Postunterbeamten.** Der hat das Reichspostamt neuerdings die Bestimmung getroffen, daß zukünftig in gleicher Weise wie die Beamten auch die Unterbeamten — mit Ausschluß der nicht händlichen Hilfsbediensteten, jedoch einschließend der Telegraphen-Präparanden und der Postkassen der reichsweiten Postämter — zur Ableistung ihres Militärdienstes aus dem Postdienste zu be-

urlauben (bisher wurden sie entlassen) sind. Hierbei sollen die Unterbeamten da auf aufmerksam gemacht werden, daß sie bei der Ober-Postdirektion spätestens vier Wochen vor Ablauf der Militärdienstzeit oder, falls sie außer der Zeit entlassen werden sollten, so gleich schriftlich ihre Wiederbeschäftigung nachsuchen haben und es soll durch geeignete Maßnahmen z. B. Vermögen, erledigter Stellen durch Ausschleifen, Hinzuerschließen von Stellenvermehrungen u. s. w. solchen sich zum Wiedereintritt in den Postdienst meldenden Unterbeamten die sofortige Unterbringung nach Ableistung des Militärdienstes gesichert werden.

**Die Kulturkassen leiden nicht.** Wie die geistige Wohlfahrt der Völker unter dem Kulturschieber leidet, zeigt ein Vergleich zwischen dem Kriegsbudget und dem Schulbudget. Schon im Jahre 1891 verminderten die sieben größten Staaten Europas zusammen 3500 Millionen Mark für militärische und 350 Millionen, also ein Zehntel, für Schulzwecke. Sondern hat sich dieses Verhältnis zu Ungunsten der Schule beträchtlich verschlechtert. Das für Kulturzwecke, die über die Schule hinausgehen, für Kunst und die Pflege künstlerischer Antriebe im Volk, für Ausgestaltung des Volksbildungswesens so gut wie nichts übrig bleibt, ist beinahe selbstverständlich, hat doch selbst die Volksschule diese ihre geringe Forderung vielfach nur dem Umfange zu verdanken, daß sie Universitätsmaterial heranzieht.

**Schon wieder neue Offiziersmängel.** Zur Probe tragen die Herren aus der nächsten Umgebung des Kaisers lange bis zu den Reinen reichende, aus grauem Tuch gefertigte Capes mit einem Gupidum.

**Fünf Spalten Ordnungsverleihungen** veröffentlicht der Reichs-Anzeiger. Der Ordenkreuzen ist diesmal auf die Provinz Hannover niedergegangen.

**An der Feinsalen-Reise des Kaiserpaars** soll, abgesehen von dem schon außerordentlich großen höflichen und militärischen Gefolge, auch ein Gefolge von Superintenden, anderen Beamten und Beamten unter Führung des Ministers Hoffe mitgehen. Vierhundert Männer werden die nicht gleichgültige Frage auf, ob aus dem Staatsfiskus die sehr kostspieligen Reise-Einrichtungen bezahlt werden sollen.

**Krieg im Frieden.** Wie bei den Ministern am Ruffheller vorige Woche mehrere Reiter zu schweren Schätzen gehören sind, so führte bei Straßheim in Württemberg ein Reiter mit seinem Pferde einen Abgang hinunter. Hierdurch kamen noch vier Mann Reiter zu Fall. Mehrere der Bestirnten erlitten Verwundungen und Querschnitte, andere wurden durch Lanzenstiche verletzt.

**Wegen Verhandlung von Untergebenen** und verachteter Verletzung von Wehrdienst wurde der Unteroffizier Biermann zum brandenburgischen Trainbataillon Nr. 3 in Spandau zur Degradation, Ausschließung aus dem Hare und 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus verurteilt. Er hatte, als die Untersuchung wegen der Verhandlung eingeleitet war, den Versuch gemacht, einen Soldaten, der Augenzeuge seiner That gewesen war, zur Abgabe einer falschen, ihm günstigen Aussage zu veranlassen.

**Lebredner des preussischen Landtagswahlrechts.** Alexander Schö hien ernteten die Reaktionen an dem preussischen Landtagswahlrecht, das ihnen die Herrschaft über Gesetzgebung und Verwaltung garantiert. Das ichtonöse Wohlbehagen, das geradezu erfinden zu sein scheint, um den Massen die Beteiligung an der Wahl zu verleiern, begleitet die Kreuzzeitung zu folgendem Hymnus: „Gewisse das preussische Wahlverfahren zeigt einen so schönen, ernten Charakter, weist den Wähler in so wirksamen Formen auf die große Wichtigkeit des Wahlfalles hin, daß dagegen die rein geschäftsmäßige Art des Jaren und Jinnat, des Nader und Neoprotektoren bei den Reichstags- und Staatswahl, wahlen gar keinen Vergleich ausfällt.“ Nicht übel ist auch, was ein ehemals literales Blatt, die Münchener Allgemeine Zeitung, in schönem Aufschwunge sagt: „Darüber sind wir aus seinen Augenblick im Zweifel, daß, wenn irgend ein Internationaler sozialrevolutionärer Propaganda gefährdet wird, wie der Drut-eis vom Teufel, es die fönigs und vaterlandstreue Gesinnung ist, die bei den preussischen Landtagswahlen seit Jahr und Tag in unveränderlicher nationaler Form immer aus neue hervorzutreten ist und die auch in diesem Herbst wieder geundere Wähler zu (sic!) zeitigen helfen wird, als die sein würden, welche der Sozialdemokratie einen prozentgeringen Anteil am Gehalts brachten.“ Die „unvergänglich nationale Form“ der fönigs und vaterlandstreuen Gesinnung drückte sich bei diesen Klassenwahlen bisher in einer Wahlteilnehmung von 15 bis 20 Proz. aus. Untere Organe sind wirklich beschwerde. Der Kampf kurzer Weisungszeitlich ist über den Dradenfuß des plutokratischen Wahlsystems zucht hinweggeschritten, und wir hoffen, daß er mit dem Zeitraume wird, die „unvergänglich

**Infektionsgebühr**  
beträgt für die Gehaltene  
Pettische über deren Raum  
15 J. für Wohnungs-  
Gebühren und Veranlagungs-  
angelegen 10 J. Teile  
Im reaktionellen Teile  
kostet die Seite 60 J.

Einleite für die fönige  
Nummer müssen spätestens bis  
vormittags 10 Uhr in der  
Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Ver-  
zeichnungsliste unter Nr. 7501.

nationalen Form“ der Junkerherrschaft in Preußen niederkriegen.

**Das Leibblatt Bismarcks,** die Hamb. Nachr., ist jetzt nach dem Tode seines Gönners, übel daran. Es möchte gar zu gern im Sinne Bismarcks bei jeder Gelegenheit mitreden. Jetzt beinahe das Blatt, und zu thun, wie Bismarck sich zu einer Tagesfrage gestellt haben würde, wenn er noch lebte. In diese Summe bringt das Blatt gegen den russischen Vorkriegssozialismus einen polemischen Artikel, der angeblich auf Grund von Gesprächen geschrieben ist, die der Vertreter des Blattes in den letzten Jahren mit Bismarck über die Abrüstungsfrage geführt hat. — Da die Abrüstungsfrage in den letzten Jahren überhaupt eine akute Bedeutung niemals gehabt hat, so hat sich Bismarck sich in lange Entwürfen mit dem Hamburger Redakteur eingelassen. Welche Recht hat der letzte Schrift, ergibt sich schon aus dem Satz, daß die Summen, welche für Wehrzwecke zu Wasser und zu Land auszugeben würden, hauptsächlich im Lande blieben und zur Einwidlung der Industrie beitragen. — Als ob diese gen Summen, welche bei der Abrüstung den Steuerzahlern erspart werden, nicht auch im Lande blieben und durch Aufwendungen der Steuerzahler gleichfalls der Industrie zum Vorteil gerieten.

**Für das Brotmonopol,** d. h. für die Aufhebung der Privatbetriebe von Bäckereien und für den staatlichen Bäckereibetrieb, tritt die Kreuzzeitung in einem Artikel nochmals ein. Daß die Sozialdemokratie mit diesen agrar- und sozialistischen Bestrebungen nichts zu thun hat, braucht nicht besonders betont zu werden. Immerhin ist es von Interesse, daß der Gedanke, die Privatproduktion und der Privatbesitz an den Produktionsmitteln könne befristet werden und die Befristung werde für die Gesamtheit von Vorteil sein, selbst in konservativen und verunklarten Firmen Wurzel gefaßt und Gehalt gewonnen hat.

**Ein deutsch-englisches Abkommen** soll dahin getroffen worden sein, daß England dem Deutschen Reich freie Hand gibt bei den Unternehmungen in Rußland, die gelegentlich der Reise Wilhelm II. nach Kaliningrad erteilt werden sollen, während Deutschland dem englischen Reich freie Hand in der Delagoa Bai an der Ostküste von Südafrika läßt.

**Die Düntzung.** Jahraus jahrein hat sich die Regierung bemüht, den Wünschen der Agrarier entgegenzukommen. Ein „kleines Mittel“ nach dem anderen ist zu Gunsten der Landwirtschaft ins Leben gerufen worden. Abwehrmaßnahmen im großen Stil, billige Beschaffung für die Konsumenten und ungeheure arder Weltbedürfnisse sind der Landwirtschaft zugunsten. Dafür quittiert jetzt das Organ des Bundes der Landwirte mit einem Artikel, in dem es ausführt, es sei für die Landwirtschaft nichts gegeben, von den „kleinen Mitteln“ sehe man nichts. Ergo: neue Agitation der Agrarorganen! So ist's recht! Die Herren Agrarier wissen, daß diese Art des Kampfes die einträglichere ist! Immer radikalere, immer fordern, immer die Unzufriedenen ins Spiel, und säße man bis über die Ohren in dem Segen der Liebesgaben. Probaturum est! Schon Bieglar hat gesagt, er wüßte kein Bürger an etwas von dem Reich des preussischen Junkers! Was sagt Herr von Miquel zu der Jure, die der Regierung da ausgeht wie? Wir ihm klar werden, daß die Begehrlichkeit der Agrarier nur um 10 Pappier ins Kraut schißt, je mehr sie mit Wohlwollen getrigt wird?

**Etwas für Jäger und Mittelstandspositionaler.** Eine Vorkommnis des Schlages erge verbes durch die Agrarier stellt die hochagrarische Feilsche Landwirtschaftliche Presse in Aussicht, wenn sich die Schläger nicht bald dazu verstehen wollen zu erklären, daß eine Fleischnot überhaupt nicht existiere, daß vielmehr an allen Werten ein reichliches Liebesangebot von Schlachttieren aller Arten und Qualitäten vorhanden ist. Wenn sich die Schläger zu die er Erklärung nicht verstehen wollen, dann wird die Landwirtschaft, so droht die Deutsche Landwirtschaftliche Presse, die geeigneten Maßnahmen ergreifen, „um die direkte Fleischversorgung der Konsumenten zu organisieren und so mit dem überflüssigen Viehbestand auch das Fleischergewerbe aus dem sozialwirtschaftlichen Organismus auszufällen.“ — So rettet und so ber die Junkerhaft das ehrende Pantheon.

**Wegen Kaiserbeileidigung** wurde in Bodrum der Schur der Hofe aus Bangebreiter zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

## Inland.

**Frankreich.** Die Entlassung des Generalstabes. Aber was denn? Was war seine Rolle in der Dreyfus-Affaire? Die Beantwortung dieser Fragen wird dem angesehene Bedeutung des Ereignisses zeigen. Denn war der gewissenhafte Streiber, der sich aus dem Justizmord an Dreyfus ein Sprungbrett gemacht hat. Als







